Die Oberbürgermeisterin

Niederschrift (Öffentlicher Teil)
Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz

Sitzungstermin: Dienstag, 25.02.2025
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:41 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	**Bemerkung**
Iris Lürken	

Gremienmitglieder

Name	**Bemerkung**
Holger Kiemes	
Jöran Stettner	
Peter Blum	bis 18.00
Noah Wagner	Vertretung für: Jörg Bogoczek
Julia Brinner	
Relindis Becker	Vertretung für: Kaj Neumann
Ulla Griepentrog	Vertretung für: Henning Nießen bis 18.00 Uhr
Dr. Heike Wolf	
Dr. Anja Fitter	bis 18.15 Uhr
Marcus Liebmann	
Prof. Dr. Hans-Jürgen Müggenborg	
Dr. Andreas Nositschka	
Gero Matthias Schuch	
Simon Janko	Vertretung für: Barbara Stockem
Safi Özbay	
Rolf Schumacher	

sachkundige Bürger*innen/ Einwohner*innen

Name	**Bemerkung**
Reiner Nerlich	

stellv. Mitglieder

Name	**Bemerkung**
Dr. Nils Brodowski	ab 18.01 Vertretung für Peter Blum

Name	Bemerkung

Abwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Jörg Bogoczek	entschuldigt
Kaj Neumann	entschuldigt
Henning Nießen	entschuldigt
Maik Rieger	abwesend
Marco Terporten	abwesend
Barbara Stockem	entschuldigt

Gäste:
Helga Rols, AG Behindertenhilfe
Armin Kraft, Enerko
Armin Michels, Bet
Prof. Dr. Martina Roß-Nickoll / RWTH
Linda Jo Siemon, Städteregion Aachen

Tagesordnung
Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 28.01.2025 (öffentlicher Teil)	
3	Kommunale Wärmeplanung – Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange am Planverfahren gemäß § 13 Abs. 2 Wärmeplanungsgesetz (WPG)	**FB 36/0536/WP18**
4	Umweltbericht und Freianlagenplan zum Bebauungsplan Nr. 1012 'Grauenhofer Weg/Stettiner Straße‘	**FB 36/0561/WP18**
5	Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energie zum Regionalplan Köln hier: Stellungnahme der Stadt Aachen im Rahmen der Beteiligung gemäß § 13 Landesplanungsgesetz und § 9 Raumordnungsgesetz	**FB 61/1058/WP18**
6	FLIP - Projekt: Sachstand und Ausblick	**FB 36/0542/WP18**
7	Gefahrenabwehrplanung: Erstellung Katastrophenschutzbedarfsplan Stadt Aachen 2025	**FB 37/0066/WP18**
8	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll
Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 28.01.2025 (öffentlicher Teil)
zurückgezogen

Die Verwaltung zieht den Tagesordnungspunkt zurück.

Zu 3 Kommunale Wärmeplanung – Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange am Planverfahren gemäß § 13 Abs. 2 Wärmeplanungsgesetz (WPG)
ungeändert beschlossen
FB 36/0536/WP18

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Herr Bastian Peukert / FB 36/700, der zu der Vorlage eine Präsentation hält. Diese Präsentation wird der Niederschrift beigefügt.

Die Ausschussvorsitzende dankt für den Vortrag und die Erläuterungen.
Sie führt aus, dass es sich bei der Wärmeplanung um ein strategisches Handlungskonzept handele, welches über 20 Jahre Entwicklung darstelle.
Die Stadt Aachen biete in einem frühen Stadium Dinge an und lege die Planung offen. Es könne daher keine Detailplanung sein.

Ratsfrau Brinner dankt für den Vortrag und die Vorlage. Es handele sich hierbei um en großen Schritt zur Klimaneutralität. Es sei ein ganzheitliches Planwerk, welches zeige, was möglich sei.
Sie führt aus, dass die Planung von jährlich 4,5 km Fernwärmeausbau viele Baustellen nach sich ziehen werde. Sie möchte wissen, ob die aufgeführten Maßnahmen nun durch die Wärmeplanung verbindlich beschlossen seien oder ob diese in Zukunft gesondert beschlossen werden müssen.

Herr Beigeordneter Thomas erläutert, dass die Maßnahmenpakete mit dem heutigen Beschluss nicht alle beschlossen seien.
Die einzelnen Maßnahmen werden in der Zukunft weiter angepasst und müssen dann zu einem späteren Zeitpunkt einzeln beschlossen werden. Man möchte in der Zukunft auch auf den technischen Fortschritt achten und werde dann entsprechend nachzusteuern.

Herr Peukert / FB 36 erläutert, dass man bei einigen Maßnahmen bereits mit der Detailplanung beschäftigt sei. Hierbei ist man im engen Austausch mit Altbau Plus. Man brauche die Partner, die in den Quartieren vor Ort seien. Die Informationsangebote sollen an den konkreten Bedürfnissen der Bürger*innen ausgerichtet werden.

Ratsherr Kiemes dankt für das Konzept.
Aus seiner Sicht biete es die Möglichkeit die Menschen bei den einzelnen Schritten mitzunehmen und so zu erreichen, dass keine weiteren Verunsicherungen bei den Bürgern entstehen.
Es sei wichtig für die neuen technischen Möglichkeiten offen zu bleiben.

Herr Dr. Nositschka möchte gerne auch die Möglichkeit von Wasserstoffnetzen geprüft wissen und Ausführungen, falls dies nicht planbar sei.

Ratsfrau Dr. Wolf bedankt sich für die Erstellung der Vorlage. Sie sieht hierin auch eine gute Informationsmöglichkeit für die Bürger. Zu dem Zeitablauf fragt sie, ob es richtig sei, dass die Planung alle 5 Jahre fortgeschrieben werde.

Ratsherr Blum hält fest, dass Aachen sich frühzeitig mit dem Thema beschäftigt habe. Wichtig sei es auch ihm, die Bürger zu informieren.

Herr Prof. Dr. Müggenborg möchte gerne anregen, dass eine qualifizierte Wärmeberatung für die Bürger im Einzelfall wichtig sei.

Herr Beigeordneter Thomas bestätigt, dass die Wärmeplanung alle 5 Jahre fortgeschrieben werden müsse.
Für individuelle Beratungen gäbe es das Angebot von altbau plus, welches weiter entsprechend den Bedürfnissen ausgebaut werden solle.
Es gebe vielfältige Optionen bei der weiteren Umsetzung. Eine Idee sei die digitale Hausakte, die dann auch mit Zustimmung der Eigentümer, Gebäudedaten für die Beratung und Durchführung der Maßnahmen durch Handwerker zentral zur Verfügung stellen könnte.

Herr Kraft / Enerko geht auf die Fragen von Herrn Dr. Nositschka ein und gibt Erläuterungen.
Er führt aus, dass es zu einem späteren Zeitpunkt Richtungsentscheidungen zu Bioethan oder Wasserstoff geben müsse.

Die Ausschussvorsitzende weist auf die Beratungsfolge der Vorlage hin, die bereits in vielen Gremien beraten wurde. Sie lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss:

Für den Ausschuss für Umwelt und Klima (AUK):
1. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt den vorgelegten Entwurf der Wärmeplanung gemäß §13 Abs. 3 Wärmeplanungsgesetz einschließlich der Ergebnisse zur Eignungsprüfung, Bestands- und Potenzialanalyse für die Dauer von 30 Tagen in die nach § 13 Abs. 4 Wärmeplanungsgesetz vorgeschriebene öffentliche Beteiligung zu geben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 4 Umweltbericht und Freianlagenplan zum Bebauungsplan Nr. 1012 'Grauenhofer Weg/Stettiner Straße‘
ungeändert beschlossen
FB 36/0561/WP18

Ratsherr Jöran Stettner äußert Bedenken zu verschiedenen Regelungen. Er zählt hierbei die Lärm- und Immissionsschutzrechtlichen Regelungen, Bäume die weichen müssen und den Prozentsatz von 71 % Gesamtversiegelung auf. Er wünscht sich, dass die Verwaltung den städtebaulichen Vertrag in die politische Beratung zu einem späteren Zeitpunkt erneut einbringe. Es solle dann u. a. auf höchstens 61 % Gesamtversiegelung gedrängt werden. Darüber hinaus sollen möglichst viele – im Umweltbericht genannte Aspekte – in den Städtebaulichen Vertrag eingebracht werden (insbes. Regelungen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung).

Herr Dr. Nositschka führt aus, dass die Weidehaltung erst dann rückläufig gewesen sei, als feststand, dass eine Bebauung erfolge. Er bittet darum, in der weiteren Planung für jeden einzelnen Baum zu prüfen, ob er nicht doch erhalten werden könne.

Herr Schumacher führt aus, dass bei großen Bauprojekten wie hier auch Projekte wie z.B. FLIP mit einbezogen werden könnten. Es gehe hier um 280 Wohneinheiten und bei der Umsetzung sei es wichtig auch auf besonders auf Gefahren, die für Fußgänger durch erhöhtes Verkehrsaufkommen entstehen könnten, Maßnahmen zu ergreifen.

Ratsherr Kiemes geht darauf ein, dass Wohnraum benötigt werde. Er teilt die Erläuterungen der Vorredner zu der Klimafolgenanpassung. Er möchte gerne wissen, ob der Investor eingebunden sei.

Herr Dr. Merbitz / FB 36 erläutert, dass es hier einen längeren Prozess der Entwicklung gegeben habe. Zunächst habe man hier als vorhabenbezogener Bebauungsplan nach § 12 BauGB planen wollen. Dann hab es einen Verfahrenswechsel gegeben, wobei zu einem Angebotsbebauungsplan mit Städtebaulichem Vertrag nach § 11 BauGB geändert wurde. Im Angebots-BP könne gegenüber dem vorhabenbezogenen BP deutlich weniger Regelungen getroffen werden, so dass dem Städtebaulichen Vertrag eine besondere Bedeutung zukomme. Bezogen auf die Gesamtversiegelung führt Herr Dr. Merbitz aus, dass der Angebots-BP zwar eine theoretische Versiegelung („worst case“) von bis zu 71 % ermögliche, allerdings eine Begrenzung des Gesamtversiegelungsgrades von ca. 61 % angestrebt werde, was durch Regelungen im Städtebaulichen Vertrag erfolgen müsse.

Ratsherr Kiemes äußert Bedenken, dass mögliche Investoren bezogen auf Details abspringen könnten.

Ratsfrau Dr. Wolf findet es positiv, dass 280 Wohneinheiten geschaffen werden sollen. Die andere Seite seien die daraus resultierenden Umweltauswirkungen. Sie hat die Hoffnung, dass dann im Städtebaulichen Vertrag die Dinge so umweltfreundlich wie möglich geregelt werden können.

Die Ausschussvorsitzende Lürken dankt der Verwaltung für die Ausführungen zu den rechtlichen Abläufen.

Herr Beigeordneter Thomas nimmt die Anregungen des Gremiums für die weiteren Planungen gerne mit. Er wirbt für Vertrauen in die Verwaltung und erläutert, dass in allen Fachbereichen die Bereitschaft bestünde, Kompromisse für die Klimafolgenanpassung zu finden.
Er bittet daher, dass Verfahren freizugeben.

Die Ausschussvorsitzende Lürken führt aus, dass vermutlich jeder Eingriff gesondert abgewogen werden müsse. Sie lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Planungsausschuss die Integration des Umweltberichtes in die Begründung zur Offenlage des Bebauungsplans Nr. 1012.

Darüber hinaus nimmt der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz den Entwurf des Freianlagenplans zum Bebauungsplan Nr. 1012 zur Kenntnis und empfiehlt der Verwaltung, diesen in den städtebaulichen Vertrag aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 5 Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energie zum Regionalplan Köln
hier: Stellungnahme der Stadt Aachen im Rahmen der Beteiligung gemäß § 13 Landesplanungsgesetz und § 9 Raumordnungsgesetz
ungeändert beschlossen
FB 61/1058/WP18

Die Ausschussvorsitzende Lürken begrüßt Herrn Günther / FB 61, der eine Präsentation halten wird.

Die Ausschussvorsitzende dankt für den Vortrag zu der schwierigen Materie.
Herr Beigeordneter Thomas gibt ergänzende Erläuterungen zum Thema Windkraft.

Ratsherr Stettner geht auf die Vorlage ein und dass die Rahmenbedingungen sich fortlaufend ändern.
Bezogen auf Windkraft gebe es einen klaren Auftrag und man sei in einem laufenden Verfahren. Zusätzlich gebe es die Besonderheit zu dem geplanten Einsteinteleskop. Alle Beteiligten wie Verwaltung, Bezirksregierung und Hochschule haben gut zusammengewirkt und daraus ergebe sich, dass das Einsteinteleskop und Windkraft gemeinsam möglich seien.

Herr Dr. Nositschka geht auf die Lebensdauer von Windkraftanlagen ein. Das Einsteinteleskop sei ab 2045 geplant. Weiter führt er die zeitlichen Abläufe der durch die Stadt Aachen abgegebenen Stellungnahme an die Bezirksregierung aus und bemängelt, dass der Ausschuss nicht vor der Stellungnahme beteiligt worden sei.

Ratsherr Kiemes geht auf die zeitlichen Abläufe ebenfalls ein. Er führt aus, dass am letzten Tag der Beteiligung durch die Stadt der Planungsausschuss getagt habe und man hier die Politik hätte informieren können.
Er bemängelt, dass die Politik nun im Nachgang ihre Zustimmung geben solle.
Für die Zukunft bittet er die Politik bei derartigen Verfahren früher zu beteiligen.

Da keine weiteren Redebeiträge vorliegen führt die Ausschussvorsitzende aus, dass der Planungsausschuss geändert hierzu beschlossen habe.
Die Ausschussvorsitzende liest den vorliegenden Beschlussentwurf vor und lässt abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Rat, die als Anlage 1 beigefügte Stellungnahme der Stadt Aachen, im Rahmen der Beteiligung gemäß § 13 Landesplanungsgesetz und § 9 Raumordnungsgesetz zum Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energie des Regionalplanes, zu beschließen.

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung und die Empfehlungen der Fachausschüsse zur Kenntnis und beschließt die als Anlage 1 beigefügte Stellungnahme der Stadt Aachen im Rahmen der Beteiligung gemäß § 13 Landesplanungsgesetz und § 9 Raumordnungsgesetz zum Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energie des Regionalplanes.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen bei 1 Gegenstimme

Zu 6 FLIP - Projekt: Sachstand und Ausblick
zur Kenntnis genommen
FB 36/0542/WP18

Frau Prof. Dr. Roß-Nickoll/ RWTH hält eine Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt wird.
Die Ausschussvorsitzende bedankt sich für den Vortrag und begrüßt Frau Anika Au/FB 36, Frau Ilse Savelsberg/E18 und Frau Linda Jo Siemon/ Städteregion Aachen, die mit dem Projekt betraut sind.

Ratsfrau Brinner bezeichnet das Projekt als ein Vorzeigeprojekt, welches viele Themen verbinde und dankt für die tollen Ergebnisse. Sie hebt hervor, dass sich nun zeige, dass die Artenvielfalt sich in diesen Bereichen verändere. Sie appelliert daher dafür, diese Flächen über die Projektzeit hinaus beizubehalten. Für die städtischen Flächen würde sie dies auch gerne mit einem Beschluss festgehalten wissen.
Sie möchte gerne die Möglichkeit der Verstetigung der Flächen prüfen und fragt, ob ein Monitoring auch über die Projektzeit hinaus möglich sei.

Frau Prof. Dr. Roß-Nickoll teilt mit, dass sie versuchen werde, hierfür Mittel einzuwerben.

Ratsherr Kiemes dankt für die Umsetzungen im Projekt und nimmt die Anregungen für die Zukunft gerne mit.

Ratsfrau Dr. Wolff findet es sehr interessant zu sehen, dass insbesondere eine Verstetigung sinnvoll sei.

Die Ausschussvorsitzende dankt für den Bericht zum jetzigen Zeitpunkt und freut sich, dass auch die Städteregion bei dem Projekt eingebunden sei.

Herr Beigeordneter Thomas dankt für die bisherigen Ergebnisse. Man werde sich kümmern, mit den vorhandenen Mitteln die Ziele des Projektes in Zukunft in der alltäglichen Arbeit fortzuführen.

Zu 7 Gefahrenabwehrplanung: Erstellung Katastrophenschutzbedarfsplan Stadt Aachen 2025
zur Kenntnis genommen
FB 37/0066/WP18

Herr Bierfert /FB 37 führt aus, dass diese Planung in der Oktobersitzung durch den einbezogenen Gutachter vorgestellt worden sei.

Ratsherr Kiemes dankt der Feuerwehr. Es sei wichtig, dem Bürger zu vermitteln, dass wir gut aufgestellt seien.

Herr Dr. Nositschka führt aus, dass es wünschenswert sei, so viel wie möglich öffentlich zu beraten.
Hierzu erfolgt eine kurze Aussprache und die Ausschussvorsitzende hält fest, dass diese Entscheidung durch die Spezialisten des FB 37 getroffen worden seien und die Entscheidung nicht dem Ausschuss obliege.
Herr Nils Lapp / FB 37 führt aus, dass man, um diesen Gedanken Rechnung zu tragen , 2 Vorlagen gefertigt habe und daher sowohl öffentlich wie nicht-öffentlich berichten wolle.

Zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor und der öffentliche Teil endet um 19.08 Uhr.

Iris Lürken
Ausschussvorsitzende

Andrea Schürmann
Schriftführerin

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin